

ERNÄHRUNG: Der Welternährungstag stand im Zeichen der Ernährungssouveränität und der Undrop-Deklaration

# Mit Bauernmacht den Hunger stillen

Anlässlich des Welternährungstags 2020 organisierten neun Organisationen die Tagung «Bauernrechte in den Mühlen der Wertschöpfungskette» in Bern. Die Landbevölkerung ist Hungerproblem und -lösung zugleich.

OLIVIER RUPRECHT

2019 hungerten fast 690 Millionen Menschen. «Die Auswirkungen von Hunger sind physisch und psychisch brutal», stellte Nationalrat Fabian Molina (SP, ZH) zu Beginn der Tagung «Bauernrechte in den Mühlen der Wertschöpfungskette» klar. Diese fand letzten Freitag in Bern im Rahmen des Welternährungstages 2020 statt.

## Land entscheidend

«Eine Trendwende beim Hunger ist nicht in Sicht», ergänzte Ana-Maria Suarez-Franco vom FoodFirst Information and Action Network (FIAN). Erst recht nicht auf dem Land, denn: «Die Mehrheit der Hungernden und Unterernährten lebt dort», so Suarez-Franco. Paradoxerweise liegt aber auch genau da der Schlüssel zur Lösung. «Es braucht eine Ermächtigung derer, die die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgen: für die Bäuerinnen und Bauern», sagte Molina. Und es brauche die Stärkung der Ernährungssouveränität, also das Recht der Menschen und souveränen Staaten, auf demokratische Weise ihre eigenen Agrar- und Ernährungspolitiken zu definieren.

## Bauern sollen mitwirken

Deshalb wurde Ende 2018 die Undrop-Deklaration verabschiedet. Die UNO-Deklaration über Rechte von Bauernfamilien und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten. Dementsprechend stand Undrop im Zentrum der Tagung. Daran mitgearbeitet hat auch Christophe Goly von der Geneva Academy of International Humanitarian Law and Human Rights. Er fordert auch für die Zukunft den Einbezug der Bauern bei politi-



Christophe Goly fordert mehr Einfluss der Bauern. (Bilder: rup)

schen Entscheidungen: «Die Schweiz muss die Beteiligung der Bäuerinnen und Bauern bei allen Entscheidungen fördern, die ihre Lebensqualität, ihr Land und ihren Lebensunterhalt beeinflussen.» Natürlich denkt er dabei sowohl an inländische als auch an ausländische Bauern. «Bei Menschenrechten, beim Erstellen und Durchführen von Politik und Programmen betreffend Entwicklung, Ernährung, Landwirtschaft, Biodiversität, Saatgut und Handel müssen die Bauern dabei sein», so Goly.

## Mali ernährungssouverän

In Mali setzt man ganz auf Ernährungssouveränität, was dort ein wichtiger Ansatz im Kampf gegen den Hunger ist und durch die Regierung unterstützt wird. Mamadou Goïta vom Institut de Recherche et de Promotion des Alternatives en Développement (IRPAD) berichtete direkt aus seinem Heimatland Mali. Der Grund für Ernährungssouveränität sei einfach, sagt er. «Wir verteidigen so die Landwirtschaft, die die Bevölkerung ernährt und somit Reichtum schafft.» International sei die Lage viel schwieriger. Aber er

## ORGANISATION

Die Tagung zum Welternährungstag wurde von neun Co-Organisatoren ins Leben gerufen: Agrarinfo.ch; Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften (HafL); Brot für alle; Fastenopfer; foodwaste.ch; HeKs; OGG Bern (Herausgeberin des «Schweizer Bauer»); Swissaid; Uniterre. Der Anlass wird unter anderem vom Schweizer Bauernverband, Bio Suisse und dem Schweizerischen Bäuerinnen und Landfrauenverband gesponsert. rup

nehme den Diskurs der internationalen Konzerne nicht hin, die sagten: «Iss und schweig!». Doch wie schafften es die Bauern in Mali, dass die Ernährungssouveränität 2006 gar ins Gesetz geschrieben wurde? Goïta erklärt: «Wir sind Bündnisse mit Forschern und anderen Organisationen eingegangen und, ganz wichtig, haben eine seit drei Jahren öffentlich anerkannte Bauernorganisation gegründet.» Aufgrund deren sei der Zugang zu Saatgut



Fabian Molina sieht Hunger oft gemeinsam mit Gewalt.

## BIO. VON ANFANG AN

Unter diesem Titelslogan stellte Monika Baumann die Getreidezüchtung Peter Kunz (gzpk) vor, bei welcher sie als Geschäftsführerin tätig ist. «Die Wertschöpfungskette beginnt mit dem Samen», sagt sie. Dementsprechend stark hänge das Saatgut mit der Welternährung zusammen. gzpk züchtet ausschliesslich biodynamische Pflanzen für den Biolandbau. «Das machen wir seit über 35 Jahren. Die Standorte sind in Feldbach ZH und im deutschen Bundesland Hessen.» Etwas stört sie: «Die grössten Margen sind erst am Ende der Wertschöpfungskette.» Deshalb hofft sie, dass künftig die ganze Wertschöpfungskette die Züchtung mitfinanziert. rup

heute fast zu 100 Prozent in Bauernhand. «Und schlussendlich ist es gerade auch deshalb wichtig, Produktions-, Konsum- und Handelssysteme im eigenen Land zu haben, um Arbeitsplätze zu sichern.»

## TA PATATE!

Tamara Köke von «TaPatate!» stellte ihre Gemüse- und Obstgärtnerei aus Wallenbuch FR vor. Dazu hätten sich vor vier Jahren acht Leute zusammengefunden. «Unser Ziel ist es, saisonales Gemüse und Obst anzubauen und wöchentlich an Abonnenten zu verteilen.» Dafür setzt «TaPatate!» auf das Modell der solidarischen Landwirtschaft. «Unsere Konsumenten können bei uns gerne mitentscheiden, was und wie etwas angebaut wird. Sie müssen eine bestimmte Anzahl Stunden mithelfen, was den Bildungsaspekt reinbringt.» Angenehm findet die Gemüsegärtnerin in diesem System auch noch etwas anderes. «Bei uns ist es so, dass die Konsumenten zu einem vorbestimmten Preis die Produkte des Betriebes kaufen und sie garantieren so die Abnahme.» So seien von Anfang an alle Produktionskosten gedeckt. «Und vor allem produzieren wir so keine Überschüsse», so Köke. rup

## NACHRICHTEN

### EU-Kommission gibt Mercosur nicht auf

Trotz ablehnender Haltung des EU-Parlaments und verschiedener Staaten versucht die EU-Kommission, den Mercosur-Freihandel zu retten. Sie hofft auf Selbstverpflichtungen der Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) zum Schutz des Regenwaldes und des Klimas zu erreichen, wie die Nachrichtenagentur SDA schreibt. Die EU-Kommission erhofft sich, dass dadurch kritische EU-Staaten ihr Veto zurückziehen. Damit das Freihandelsabkommen zustande kommt, muss es von allen EU-Staaten ratifiziert werden. Gegen ein Abkommen haben sich unter anderem Österreich, Frankreich und die Niederlande gestellt. Dem vorliegenden Abkommen gingen jahrzehntelange Verhandlungen voraus. lid/rup

### Biodiversitätsinitiative kommt

Das Schweizer Stimmvolk wird über die eidgenössische Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft», kurz Biodiversitätsinitiative, befinden. Das am 8. September 2020 eingereichte Begehren ist formell zustande gekommen, wie die Bundeskanzlei gemäss Nachrichtenagentur SDA mitteilte. Lanciert wurde die Initiative Ende März 2019 – zusammen mit der ebenfalls bereits formell zustande gekommenen Landschaftsinitiative. Urheber sind Pro Natura, BirdLife Schweiz, die Stiftung Landschaftsschutz, der Schweizer Heimatschutz und weitere Organisatoren. Die Biodiversitätsinitiative will nach Angaben der Initianten den Schutz der Natur, der Landschaft und des baukulturellen Erbes der Schweiz als gemeinsame Aufgabe von Bund und Kantonen stärken. Sie will erreichen, dass die erforderlichen Flächen und Mittel für die Sicherung der gefährdeten Biodiversität, der Lebensräume und der Artenvielfalt zur Verfügung stehen. lid

NUTZTIERE: An der bäuerlichen Basis regt sich Widerstand gegen neue Auflagen

# Bäuerin gründet Komitee gegen Massentierhaltungsinitiative

Vanessa Monhart aus Wildensbuch ZH kämpft gegen die Initiative für Massentierhaltung und gegen den Gegenvorschlag.

DANIEL SALZMANN

Via Whatsapp-Nachricht hat Vanessa Monhart letzten Mittwoch ein Komitee gegen die Massentierhaltungsinitiative und gegen den Gegenvorschlag, den der Bundesrat beantragt, ins Leben gerufen. Sie will Bauern, Politiker und Sympathisanten der Schweizer Landwirtschaft ansprechen. Am Sonntag erklärte sie auf Anfrage: «Bereits sind über 50 Personen dem Komitee beigetreten, viele aktive Bauern mit kleineren und grösseren Betrieben. Die Nationalräte Mike Egger, Werner Salzmann und Nationalrätin Esther Friedli sind dabei, ebenso die Alt-Nationalräte Ernst Schibli und Josef Kunz.»

## «Labelkanäle überfüllt»

Die Initiative verlangt bezüglich Tierhaltung die heutigen



Vanessa Monhart (rechts) mit Initiantin Meret Schneider im Stall von OB-Züchter Martin Schrepfer in Wald ZH. (Bild: sal)

Knospe-Regeln für alle. Alle Schweine müssten einen Aussensbereich haben, fürs Rindvieh wäre ein Anbindestall nur noch im Ausnahmefall bewilligt. «In einem zentralen Punkt gehe ich mit Initiantin Meret Schneider einig: Auch ich will keine Massentierhaltung in der Schweiz. Das erreicht man aber, indem man schaut, dass die Bauern mit überschaubaren Tierbeständen existieren können, und nicht indem man ihre Betriebe per Gesetz vernichtet und die fehlenden Lebensmittel dann aus dem Ausland importiert», so Monhart. Die Initiative gehe viel zu weit. Aber will die Bevölkerung nicht mehr Tierwohl als heute? «Erstens hat die Schweiz heute schon das strengste Tierschutzgesetz der Welt. Zweitens sind die Labelkanäle heute überfüllt, es

möchten mehr Bauern entsprechend produzieren als können.» Das führt sie zu einem weiteren Argument: Der Preis der Lebensmittel sei eben doch für viele Personen wichtig. Weil der Handel beim Import der fehlenden Lebensmittel faktisch ein Monopol habe, würde die Importware ebenso teuer. Für sie ist klar: Die Initiative ist eine Importinitiative und gefährdet die Ernährungssicherheit der Schweiz, indem die tierische Produktion sinkt.

«Diktatur der Gescheiten»

Der Gegenvorschlag des Bundesrates sieht unter anderem eine Raus-Pflicht für Kühe im Anbindestall und einen eingestauten Liegebereich für Schweine vor. Auch gegen diesen kämpft Monhart mit ihrem Komitee. «Der Gegenvorschlag will allgemein die Schrauben in der Tierhaltung anziehen. Dass die Beamten im Bericht es so darstellen, als würden die Bauernfamilien sich heute nicht gut um ihre Tiere kümmern, stört mich extrem.» Den Behörden misstraut Monhart, es

## «Diktatur der Gescheiten»

drohe eine Diktatur der sogenannten Gescheiten, sagt sie, von Leuten, die weit weg von der Nutztierhaltung seien. Mit dem Gegenvorschlag missbrauchten die Beamten die Initiative, indem sie sich nicht um Massentierhaltung kümmerten, sondern zahlreiche neue Vorschriften einführen wollen. Sie betont: «Initiative und Gegenvorschlag betreffen alle tierhaltenden Betriebe. Die kleinen bis mittleren Betriebe werden wegverbrennen, und die grossen werden noch mehr und noch strengere Auflagen erhalten.» Die heutigen Beiträge für die Bundesprogramme Raus und BTS würden wegfallen, wenn diese zur Pflicht erklärt würden.

«Seltene Rassen sterben»

Wichtig ist Monhart auch der Gedanke an seltene Nutztierassen. Indem die bäuerliche Landwirtschaft zerschlagen werde und kleinere und mittlere Betriebe wegen horrend teurer Investitionen aufgeben müssten, «werden die Eringerkuh, das Original Braunvieh, das Rätische Grau-

vieh, die Hinterwälder Kuh, die Simmentaler Kuh, aber auch die Appenzeler Ziegen oder die Nera-Verzasca-Ziegen aussterben.»

Die Mitgliedschaft im Komitee ist kostenlos. Für einen Beitritt einfach den Namen und die Adresse per SMS, Whatsapp, E-Mail oder per Post senden: Komitee gegen die Massentierhaltungsinitiative und Gegenvorschlag, 8465 Wildensbuch, walldhofli@gmx.ch, 076 / 520 70 92.

## ZUR PERSON

Vanessa Monhart ist in Frauenfeld aufgewachsen und verbrachte viel Freizeit bei den bäuerlichen Nachbarn und bäuerlichen Grosseltern. Sie machte das KV, absolvierte die Lehre zur Landwirtin EFZ und besuchte die Bäuerinnenschule. 2014 erwarben sie und ihr Mann Patrick Monhart, Präsident der IG Anbindestall Sektion Ostschweiz, ausserfamiliär einen Hof in Wildensbuch ZH. Der Hof gehört ihnen beiden je zur Hälfte. Zusammen haben sie drei Kinder: Ueli (9 Jahre) sowie die Zwillinge Lina (8) und Oskar (8). Sie halten auf 19 ha 15 Kühe der Rassen Simmental und Hinterwälder, im Anbindestall mit Teilnahme am Raus-Programm. Mit ihnen betreiben sie Kälbermast. Auch halten sie 5 Freiberger Pferde, 5 Appenzeler Ziegen und 60 Hühner (u. a. Appenzeler Spitzhauben). Ackerbau: Brotweizen, Gerste, Mais, Kunstwiese. sal